

Gschwätz



Der junge SP-Präsident Adil Koller versteht es, auszuteilen. Unverblümt erklärt er die Vorlage von

Mittlerweile wissen wir auch, warum SP-Landrätin **Hanni Huggel** den Landratsstuhl für ihren (nacktbackenden) Parteichef immer noch geräumt hat: Sie will einfach nicht, dass dem Jungspund in der drögen Alltagspolitik die Kanten zu früh geschliffen werden. Gu



Direkt ein Stockwerk unter dem Nationalratsaal im Bundeshaus steht ein schmucker, glitzernder Kühlschrank gefüllt mit Obstsaften von Landrat Hansruedi Wirz vom Hof Niestelen, Reigoldswil (alkoholfrei). Wenn die Parlamentarier also Schlange stehen am Bürotisch von Nationalrätin **Sandra Sollberger** (SVP), dann ist es nicht alleine wegen ihrer fröhlichen Frisur, sondern weil sie Baselbieter Heimatprodukte promotet. Und wir wissen: Die Malermeisterin aus Bubendorf führt ihren eigenen Saftladen in Bundesbern. wah



Der Kampf im Vorfeld der Abstimmung zur Kunsti Sissach wurde mit harten Bandagen geführt. Da versuchte der Eishallengegner, Anwalt und Strafrichter

André Brunner, das Pro-Komitee mit dem Sachverhalt einzuschüchtern, es habe ein Kind für Werbezwecke missbraucht und dessen Persönlichkeitsrechte verletzt. Das Pro-Komitee witterte den Puck und antwortete schlagfertig, Anwalt Brunner möge eine Vollmachtserklärung seines Mandanten vorlegen. Zwei Wochen nach dem Ja zur Eishalle wartet man auf das Bestätigungsschreiben noch immer. wah

Nachrichten

Zusammenstoss auf der Autobahn

Birsfelden. Auf der Autobahn A2, Höhe Birsfelden, kam es am Donnerstagsmorgen gegen 10.20 Uhr zu einer seitlichen Kollision zwischen einem weissen Lastwagen und einem schwarzen Auto. Verletzt wurde dabei niemand, doch weil die beiden Lenker widersprüchliche Aussagen machen, sucht die Polizei Zeugen.

Nur Sachschaden bei schwerem Selbstunfall

Münchenstein. Einen Schock erlitt am Donnerstagmorgen eine Autofahrerin, die auf der Autobahn A18 bei der Ausfahrt Reinach Nord einen Selbstunfall baute. Laut Mitteilung der Polizei scherte die Lenkerin plötzlich aus, kollidierte mit einem Verkehrsteiler, überquerte beide Fahrspuren, durchschlug einen Wildzaun und wurde im angrenzenden Wald von Bäumen gestoppt.

Grättimänner anstelle von Bussenzetteln

Birsfelden. Statt einer Busse erhielten die Autofahrer, die trotz Verbot den Autobahnstau durch Birsfelder Quartiere umfahren, am 6. Dezember eine Belehrung und einen Grättimaa. Ganz im Sinne der Tradition – erst die Schelte, dann die Belohnung.

Informatik-Chaos kostet Millionen

Geschäftsprüfungskommission kritisiert Missstände in der Kantonsverwaltung scharf

Von Oliver Sterchi

Liestal. Die Informatik-Probleme in der Baselbieter Kantonsverwaltung wollen kein Ende nehmen: Zehn Jahre nach dem Abschlussbericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zu den chaotischen Zuständen im IT-Bereich sind noch längst nicht alle Missstände behoben worden. Der Handlungsbedarf ist gross – zu diesem Schluss kommt ein Bericht der landrätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK). Die vierköpfige Subkommission IT unter dem Vorsitz des GPK-Präsidenten Hanspeter Weibel (SVP) hatte sich im September die Zentralen Informatikdienste (ZI) vorgeknöpft. Das Resultat: Anhaltende organisatorische Missstände im Informatikbereich belasten den finanziell angeschlagenen Kanton Baselland jährlich mit unnötigen Mehrkosten in Millionenhöhe.

«Der Betrag lässt sich zwar nicht genau beziffern. Wir schätzen jedoch, dass es sich um einen höheren einstelligen oder gar zweistelligen Millionenbetrag handelt», sagt Weibel. Die Kommission ortet in ihrem Bericht verschiedene Probleme. Eines davon

besteht darin, dass vorgegebene Massnahmen zur Kostenreduktion nicht umgesetzt werden.

«Dienststellen fehlt Fachwissen»

Dazu ein Beispiel aus dem GPK-Bericht: Das Druckerkonzept der ZI sieht vor, Arbeitsplatzdrucker bis auf wenige Ausnahmen abzuschaffen und stattdessen sogenannte Etagendrucker zu installieren. Diese würden von mehreren Verwaltungsmitarbeitern einer Dienststelle gemeinschaftlich benutzt, was die Betriebskosten der Druckinfrastruktur reduzieren würde. Die GPK hält nun aber fest, dass durchschnittlich nach wie vor 2,1 Benutzer auf einen Drucker kommen. «Die Zahl der Drucker in der Verwaltung ist zu hoch und sollte reduziert werden. Nur wurde diese Massnahme bis jetzt noch nicht konsequent umgesetzt», so Weibel.

Auch im Beschaffungswesen von IT-Software ortet die GPK Verbesserungspotenzial. Dieses ist im Unterschied zur Hardware-Beschaffung nicht zentralisiert, was gemäss Weibel gleich auf mehreren Ebenen zu Problemen führt – und damit unnötig Kosten verursacht: «Heute ist es so, dass die Direk-

tionen und Dienststellen selber für die Software-Beschaffung zuständig sind, obwohl diesen weitgehend die Routine und das nötige Fachwissen fehlt. Dadurch ist nicht immer gewährleistet, dass die kosteneffizienteste Variante beschafft wird», sagt Weibel. Zudem fehle es an einer Koordination zwischen den Dienststellen, was zu teuren Doppelspurigkeiten wie etwa der unnötigen Mehrfachbeschaffung einer Software führen könne, stellt der GPK-Chef klar.

Mängel bei Sicherheit

Einen bedeutenden Kostentreiber ortet die GPK indes bei den Arbeitsplätzen: Mit wenigen Ausnahmen stehe den Kantonsangestellten heute jeweils ein individueller Arbeitsplatz inklusive Informatikinfrastruktur zur Verfügung – auch denjenigen, die nur Teilzeit arbeiten. Die Kommission schlägt daher vor, neue Arbeitsplatzlösungen wie Open-Space-Büros einzuführen, bei denen sich zwei oder mehrere Teilzeitangestellte einen Arbeitsplatz teilen. «Die Bereitstellung eines komplett eingerichteten individuellen Arbeitsplatzes ist kostenintensiv und angesichts des hohen Anteils an Teilzeitmitarbeitern

nicht gerechtfertigt», sagt Weibel. Nebst dem finanziellen Aspekt listet der Kommissionsbericht auch Mängel bei der Sicherheit auf. So sollen etwa einzelne Mitarbeiter der Verwaltung ihren persönlichen Computer zum Arbeiten verwendet haben, obwohl das entsprechende Benutzungsreglement dies ausdrücklich untersagt. Die Benutzung von privaten Laptops ist hinsichtlich des Datenschutzes überaus heikel. Pikant: Die betroffenen Mitarbeiter gaben der GPK an, dass die mangelhafte Hardware der Verwaltung sie zu dem Schritt bewegen hätte. Die GPK fordert denn auch, die Kompetenzen des kantonalen IT-Sicherheitsbeauftragten auszuweiten, um in der ganzen Verwaltung gleiche Sicherheitsstandards durchzusetzen.

Zur Bewertung der anhaltenden Missstände meint Kommissionspräsident Weibel: «Die Probleme sind bekannt. Dass es bei der Umsetzung der Massnahmen hapert, ist natürlich ärgerlich. Immerhin kann man festhalten, dass seit der Einsetzung der PUK Informatik im Jahr 2002 einiges verbessert wurde.» Dennoch: Auch nach über einem Jahrzehnt konnten die Probleme nicht restlos behoben werden.

Auf der Suche nach der Mehrheit

EU-Unterhändler Jacques de Watteville sprach in Liestal

Von Daniel Aenishänlin

Liestal. Jacques de Watteville, EU-Chef-Unterhändler der Schweiz, referierte anlässlich der Oberrheinkonferenz (ORK) in Liestal. Im «Engel»-Saal sprach der Romand über die aktuellen Herausforderungen in der Europapolitik. Passend zum trinationalen Raum, in dem die Nordwestschweiz sich befindet.

Ziel sei es, die Einwanderung künftig besser zu steuern und gleichzeitig den bilateralen Weg zu konsolidieren. Dabei blickt de Watteville bereits in Richtung Urne. «Es geht um eine standhafte und entschiedene Verteidigung der Schweizer Interessen und der Ziele der Bundesrats», sagte der Diplomat, «das Resultat dieser Bemühungen soll 2017 eine Mehrheit an der Urne erhalten.» Also mehrheitsfähig sein. Bern will offenbar näher an die Bevölkerung heranrücken. 314 000 Grenzgänger kämen in der Schweiz zur Arbeit. «Die Schweiz ist hoch erfreut darüber», fasste Jacques de Watteville zusammen, «sie wäre sonst nicht, was sie heute ist.»

Die Oberrheinkonferenz verabschiedete eine Stellungnahme zum Agglomerationsprogramm Basel zuhänden Bundespräsidentin Doris Leuthard. «Eine positive», wie der scheidende ORK-Präsident und Basler Regierungspräsident Guy Morin sagte. Darin geht es um die grenzüberschreitende Vernetzung des trinationalen Raums.

Helmut Hersberger, aktueller Präsident des Oberrheinrats, will schnell zu einem Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich über den Euro-

Airport gelangen. «Die Zusammenarbeit war und ist ganz wichtig», betonte er, der die Mobilität im Arbeits- und Gesundheitsmarkt gesichert, eher ausgebaut sehen möchte. Im Austausch von Wissen um die Stilllegung und den Rückbau von Kernkraftwerken verlangte Hersberger eine enge Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern.

Der stellvertretende Leiter der deutschen ORK-Delegation, Werner Schreiner, zielte wie Hersberger darauf ab, die trinationale Zusammenarbeit in der Katastrophenhilfe zu verbessern. Die zur Verfügung stehenden Organisationen seien zwar gut, eine Schwierigkeit stelle aber deren Koordination dar. Joshua Frey, designierter Präsident des Rats, zeigte sich wenig glücklich über allfällige Probleme mit der Personenfreizügigkeit. «Ich bin verwundert, wenn man uns Mauern als Lösung für anstehende Probleme anbietet», sagte er, «seit 70 Jahren sind wir Brückenbauer.» Bezüglich der Flüchtlinge werde zu viel über Kosten geredet. «Jeder bringt auch Fähigkeiten mit, die es zu entdecken und implementieren gilt.»

«Wir müssen vor allem Sorge dazu tragen, dass die Anliegen der Bürger Beachtung finden», befand Stéphane Fratacci, designierter Präsident der Oberrheinkonferenz, «die Umwelt wird ein ganz wichtiges Thema sein, auch der Arbeitsmarkt mit binationaler Ausbildung.» Er wolle Lösungen finden für die grenzüberschreitende Mobilität, die Kenntnis der Kulturen unter Nachbarn fördern, auch den kulturellen Austausch noch stärker gewichten.

Moment mal



Wer war nun der Übeltäter?

Münchenstein. Das Programm «Hallo Biber» ist ein voller Erfolg: 16 Jahre nach dessen Start haben sich in der Region Basel rund 20 Biber angesiedelt. Auch im Park im Grünen und an der Birs in Münchenstein sind aktuell frische Biberspuren und gefällte Bäume zu sehen. Aus diesem Anlass veranstaltet der Natur- und Vogelschutzverein

Münchenstein heute Samstag (10 Uhr) eine Biberführung. Mit der Einladung haben die Naturschützer Bilder von Nagespuren an Bäumen mitgeliefert, wobei bei einem Bild Zweifel an der Darstellung der Biberfreunde aufkommen. Hat hier wie behauptet ein Nager gewirkt oder ein Stubentiger auf Abwegen? ch1 Foto Anngreth Schneider

Saniertes Schulhaus wird schon wieder saniert

Bottmingen muss weitere 1,25 Millionen Franken aufbringen und steht vor gehässiger Budgetdebatte

Von Joël Hoffmann

Bottmingen. Am Montag wird an der Gemeindeversammlung (GV) in Bottmingen wohl heftig über das Budget 2017 gestritten. Die Gemeindekommission wird die Rückweisung des Voranschlags beantragen und den Anwesenden wird der Gemeinderat darlegen, dass weitere 1,25 Millionen Franken in das eben erst sanierte Burggartenschulhaus gesteckt werden müssen.

In der Investitionsplanung bis 2021, welche der Bevölkerung lediglich zur Kenntnisnahme vorgelegt wird, darf der Bürger erfahren, dass der Gemeinderat weitere 1,25 Millionen Franken in das Burggartenschulhaus investieren will. Neben neuerlichen Massnahmen zur «Beseitigung Durchstanzgefahr» für Turnhallen, Garderoben und Hauswartwohnung sollen am Burggartenschulhaus nun auch die Fenster ersetzt werden.

Damit scheint die Pannenserie bei der Sanierung des Schulhauses um ein Kapitel reicher. Zur Erinnerung: 2013 hat der Souverän zwölf Millionen Franken für die Sanierung gesprochen. Bis heute kostete das Schulhaus 15,5 Millionen, also 3,5 Millionen Franken mehr als ursprünglich bewilligt. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) kritisierte bereits 2014, dass man bei diesen hohen Ausgaben auch hätte über einen Neubau nachdenken können.

Doch damals waren diese Mehrkosten noch nicht bekannt, sondern der Umstand, dass die Vergabe der Bauherrenvertretung nicht dem Gesetz entsprach – es roch gar streng nach Filz damals. Später verlangte die Bevölkerung, dass das Schulhaus erdbebensicher gebaut werde. Es war jedoch just jene Bauherrenvertretung, die ihre Arbeit vernachlässigt hat, und einen weiteren Nachtragskredit notwendig machte: Durch die Erdbebenrütchti-

gung durch Säulen drohten diese unter dem Gewicht auf den Decken durchzudrücken. Also musste wieder ein Kredit von der GV bewilligt werden, damit das erdbebensichere Schulhaus nicht zusammenbricht.

Antrag auf Budget-Rückweisung

Nach dieser Episode hat der Gemeinderat die Bauherrenvertretung entlassen und nahm die Sache selber in die Hand, was die Gemeinde wiederum überfordert hat, wie die GPK festhielt. Es folgten weitere Zerwürfnisse zwischen Gemeinderat und Bauunternehmer und nun also, ziemlich unerwartet: die weitere Sanierung des eben erst sanierten Schulhauses.

Auf Anfrage teilt die Gemeinde mit, dass es sich bei den Baukrediten für das Schulhaus lediglich um eine Teilsanierung gehandelt habe und die Fenster nicht Gegenstand der damaligen Baukredite waren. Hanspeter Weibel, der

sich als GPK-Präsident in den letzten Jahren jeweils mit der Schulhaussanierung befasst hat, widerspricht und bezeichnet die Mehrausgaben als «ärgerlich» und als «Salamitaktik».

Misstone gibt es weiter zwischen Gemeindekommission und Gemeinderat über das budgetierte Defizit von 130 000 Franken. Die Kommission ist der Ansicht, dass nach der Steuererhöhung vom letzten Jahr nun kein Defizit budgetiert werden dürfe. Man diskutierte, das Budget zurückzuweisen, es sei denn, der Gemeinderat nehme die Sparvorschläge der Kommission an – was dieser angeblich an einer gemeinsamen Sitzung signalisiert habe.

Nun übernahm der Gemeinderat dennoch nicht die Vorschläge der Kommission, weshalb sich einige Mitglieder verschaukelt vorkommen. Am Montag beantragt die Gemeindekommission nun also die Rückweisung des defizitären Budgets 2017.